

In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wohlfahrtstr. 17)

bei E. H. Mici & Co.  
Breitestraße 20,

in Grätz bei J. Streifand,  
in Mezeritz bei H. Mathias,  
in Breschen bei J. Jadesohn.

# Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 296

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt  
vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Reichs  
sich an.

Montag, 28. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

## Amtliches.

Posen, 26. April. Der König hat den bisher bei der Ministerial-Commission angestellten Baupinspector Lorenz in Berlin zum Regierungs- und Bauath, den bisherigen außerordentlichen Professor an der Universität Göttingen, Dr. Leonhard zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität Halle a. S. und den bisherigen außerordentlichen Professor an der Universität Halle a. S., Dr. Krohn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Kiel ernannt, sowie dem Rheinrom-Baudirektor, Regierungs- und Bauath Verring in Koblenz den Charakter als Geheimen Regierungsrath verliehen; ferner der Wahl des Oberlehrers am Humboldt-Gymnasium zu Berlin, Professors Dr. Lange, zum Direktor dieser Anstalt, und der Wahl des Oberlehrers am evangelischen Gymnasium zu Groß-Glogau, Dr. Schwenkbecher, zum Direktor des städtischen Realgymnasiums in Sprottau die Bestätigung erteilt.

Der ordentliche Professor in der juristischen Fakultät der Universität Halle a. S., Dr. Zitelmann ist in gleicher Eigenschaft an die Universität Bonn versetzt worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Bröderhoff am Gymnasium zu Beuthen zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden. Am Real-Gymnasium in Pabelberg ist die Beförderung des bisherigen ordentlichen Lehrers Dr. Bogberger zum Oberlehrer genehmigt worden.

Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Hannemann in Hirschberg als Landgerichtsrath an das Landgericht dafelbst, der Amtsgerichtsrath Schädler in Freistadt i. Schl. an das Amtsgericht in Hirschberg, der Amtsrichter Dr. Siebmann in Frankfurt a. M. und der Amtsrichter Dove in Kogasen als Landrichter an das Landgericht in Frankfurt a. M., der Amtsrichter Dr. Namitscher in Grottau an das Amtsgericht in Frankfurt a. M. In der Liste der Rechtsanwälte sind folgende: der Rechtsanwalt Manneberg bei dem Landgericht in Grottau, der Rechtsanwalt Ehrlich bei dem Landgericht in Beuthen O. S. und der Rechtsanwalt Brunner bei dem Amtsgericht in Eiserwerda. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Otto Schulz aus Briesen bei dem Amtsgericht in Bunzlau, der Gerichts-Assessor Freiherr von Lynder bei dem Amtsgericht in Küstrin, der Rechtsanwalt Ehrlich aus Beuthen O. S. bei dem Landgericht in Breslau, und der Gerichts-Assessor Dr. Flatau bei dem Landgericht I in Berlin. Der Amtsgerichtsrath Prellwitz in Tilsit, der Landrichter Stiebert in Posen, der Notar, Justizrath v. Monchow in Posen und der Notar Rogel in Malmedy sind gestorben.

Der bisherige Rheinisch-Westfälische-Bauinspector, Regierungs- und Bauath Schmidt in Coblenz ist an die königliche Regierung zu Marienburg versetzt worden. Der Regierungs- und Bauath Lorenz ist der königlichen Regierung zu Potsdam überwiesen worden. Der bisherige Kreis-Bauinspector Köbel zu Marienburg W.-Pr. ist als Bauinspector nach Coblenz versetzt und demselben die technische Hilfsarbeiterstelle bei der dortigen königlichen Regierung verliehen worden. Der Kreis-Bauinspector Röder zu Koblenz ist in gleicher Amtseigenschaft nach Labiau, der Kreis-Bauinspector Fuchs zu Labiau in gleicher Amtseigenschaft nach Koblenz, der Wasser-Bauinspector Weinreich zu Colbergmünde in gleicher Amtseigenschaft nach Putum, Regierungsbezirk Schleswig, und der Kreis-Bauinspector Dittmar zu Rendsburg in gleicher Amtseigenschaft nach Marienburg W.-Pr. versetzt. Der bisherige Bauinspector bei der königlichen Regierung in Coblenz, Hoffen, ist als Wasser-Bauinspector der Rheinrom-Bauverwaltung überwiesen und demselben die Funktionen eines ersten technischen Hilfsarbeiters und Stellvertreters des Rheinrom-Baudirektors übertragen worden. Der bisherige Regierungs-Bauinspector, Ingenieur Reimer in Rendsburg ist zum Wasser-Bauinspector ernannt und demselben die neu errichtete Wasser-Bauinspektorstelle in Tönning verliehen worden.

Der bisherige Hilfsarbeiter, Regierungs-Zivil-Supernumerar Prehm von Potsdam ist zum Geheimen revidirenden Kalkulator bei der Ober-Rechnungskammer ernannt worden.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung.

Berlin, 28. April. Am Ministertische: Dr. Lucius.  
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min.  
Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung der Jagd-  
ordnung.

Abg. Dirichlet: Seit heute früh ist eine solche Fülle von Amendements zu der Tagesordnung gestellt worden, daß es sehr schwer möglich ist, schon jetzt dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Amendements, die Seitens der vereinigten konservativen und Centrumpartei gestellt sind, ferner um mehrere Amendements, die allein vom Centrum, um mehrere, die allein von den Konservativen, und um einige wenige, die von unserer Seite eingebracht worden sind. Was unsere Anträge anbetrifft, so hat Minister Dr. Lucius in zweiter Berathung auf diese Anträge geantwortet, daß er sachlich auf die Wünsche von Antragstellern nicht eingehen könne, die auf dem Standpunkt von 1848 auch in der Jagdfrage stehen. Ich zähle freilich die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden zu den guten Errungenschaften jenes Jahres. Diejenigen Länder, in denen diese Aufhebung nicht wie bei uns nur kurze Zeit, nur in einem Revolutionsjahr, sondern in einer langen Reihe von Jahren geschehen ist, haben damit nur gute Erfahrungen gemacht. In jenen Ländern — das ist das Beachtenswerthe — sind trotz des allgemeinen Jagdrechts die zur Verpachtung kommenden Jagdgebiete größer, als bei uns. Herr v. Heydebrand u. d. Laa hat die Bestimmungen der Jagdvorlage verteidigen wollen mit dem Hinweis, daß seit Erfindung des Schießpulvers eine Aenderung in dem früheren Zustande des natürlichen Jagdrechts eingetreten sei. Nun, an der Erfindung des Schießpulvers sind alle Parteien dieses Hauses unbetheilt, ausgenommen vielleicht das Centrum, denn das Schießpulver ist ja zwischen Klostermauern erfunden worden. Aber es giebt doch nicht allein ein fönl. preussisches Schießpulver; das Schießpulver ist doch auch für Oldenburg, für Frankreich und für alle die Länder erfunden worden, in denen die Ausübung des Jagdrechts auf fremdem Boden aufgehoben ist. — Was die Frage der Wildschäden anbetrifft, so nützen ihre Kompromissanträge dem kleinen Manne gar nichts. Schon Ihr Vorschlag, daß innerhalb 48 Stunden die Entschädigungsfrage wegen Wildschäden eingebracht werden soll, ist sehr bedenklich, denn wie soll der kleine Ackerbürger immer in so kurzer Frist dazu Zeit bekommen. Alle Ihre Anträge bieten Schein statt Wahrheit; sie nützen nichts — soll etwas

Nützliches aus dieser dritten Berathung herauskommen, so kann es allein die Ablehnung des ganzen Gesetzes sein. (Beifall links.)

Minister Dr. Lucius: Ich will in aller Kürze den Standpunkt der Regierung zu den Beschlüssen zweiter Lesung charakterisieren. Die Beschlüsse über Bildung der Jagdgebiete kann die Regierung gutheißen, sie sind eine Verbesserung gegen früher. Weniger befreunden kann sich die Regierung mit Ihrem Beschlusse über die Bildung der Jagdgenossenschaft und der Wahl des Vorstandes; Ihr Beschlusse ist keine Verbesserung des bestehenden Zustandes. Die Geschäfte des künftigen Jagdvorstandes hat bis jetzt der Gemeindevorstand ausgeübt. Nach Ihrem Beschlusse liegt der Schwerpunkt in der großen Versammlung der Grundbesitzer, wodurch die Verhandlungen vielfach gehemmt zu werden drohen. Auch der von Ihnen angenommene Modus über die Verpachtung scheint der Regierung kein günstiger zu sein, namentlich die Differenzen zwischen der Regierung und Ihnen nur gering ist. Wenn Sie von dem Vorschlage der Regierung, den Preis des Jagdgebietes auf 20 M. zu normiren, abgesehen sind, will die Regierung trotzdem Ihrem Beschlusse (Normirung von 10 M.) sich anschließen. Die Frage der Sonntagsjagd halte ich nach wie vor für eine mit dem Gesetze gar nicht zusammenhängende; prinzipieller muß ich Sie also bitten, den ganzen Sonntagsparagraphe zu streichen. — Aus den Bestimmungen über die jagdbaren Thiere werden meiner Befürchtung leicht dadurch Schwierigkeiten entstehen, daß daraus Folgerungen für die Freiheit des Thierfanges gezogen werden. Deshalb möchte ich Ihnen auch die Streichung dieses Paragraphen empfehlen. — Eine große Differenz aber besteht zwischen Ihnen und der Regierung in Bezug auf die Verhütungsfrage. Ich bedaure, daß man die Absichten der Regierung nicht recht verstanden und darin mehr eine Fürsorge für das Wild, als eine Fürsorge für die Landeskultur gesehen hat. Die Vorschläge, die sich in der Regierungsvorlage finden, bieten die wirksamste Abwehr gegen Wildschäden, schon die Existenz dieser Paragraphen würde genügt haben, den Wildbesitzer zum rechtzeitigen Abschluß zu veranlassen. An Stelle dieser Paragraphen sind Ihre Vorschriften über die Vergatterung des Schwarz- und Rothwildes getreten. Wollte man diese Bestimmungen durchführen, so würde die Vergatterung die Kosten des vollen jährlichen Jagdtrages in Anspruch nehmen und außerdem müßte man noch ganz Preußen vergattern, um es vor der besonders in Brunnstzeit sehr bedenklichen Einwanderung des Wildes zu schützen. In Posen und Hannover bestehen diese Vergatterungsbestimmungen seit 30 Jahren — und hat es sich gezeigt, daß sie erfolglos gewesen sind. Allein dessen könnte die generelle Vernichtung des Rothwildes — das können Sie doch aber aus praktischen wie idealen Gründen nicht wollen. Statuen Sie die Regierung mit den Befugnissen aus, die die ursprüngliche Vorlage forderte, so wird dies das beste Mittel sein, dem Wildschaden entgegenzutreten. — Was die Entschädigungsfrage anbetrifft, so scheint mir eine Inanspruchnahme über den Pächter hinaus unmöglich. Die Frage des Standortes läßt sich nicht feststellen. Ein Wild kann in einer Nacht fünf hundertjährige Grenzgebiete durchlaufen — wie soll ein Richter im Jagd- in Schmalzladen Entscheidung treffen. Es heißt freilich: in dubio contra fiscum — aber es würde eine Ungerechtigkeit sein, wenn man den Regressanspruch immer an den nächstgelegenen Staatsort stellen würde. Ich glaube mir thun gut, diese Frage alles agitatorischen Charakters zu entkleiden. Die Abstimmung in zweiter Lesung ist ausdrücklich als eine provisorische bezeichnet worden, um so dringender kann ich Sie bitten, Ihren Beschlusse über die Entschädigungsfrage fallen zu lassen, damit wir ein praktisch durchführbares Jagdgesetz zu Stande bringen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Die große Zahl der gestellten Amendements hat mich eben wie den Abg. Dirichlet mit großer Besorgnis erfüllt — besonders für diejenigen, die die Gesetze ausführen sollen. (Heiterkeit.) Redner tritt dann gegen die Bestimmungen über das „Heltarenparlament“ auf, welches weniger ein Objekt der Tagesordnung, als vielmehr der Kreisordnung sei.

Abg. v. Rauchhaupt: Die Rede des Abg. Dirichlet hat aufs Neue gezeigt, daß die Herren sich immer mehr auf den Standpunkt von 1848 zurückziehen. — Die von uns gestellten Amendements sind keineswegs so umfassend, wie Abg. Dirichlet ausgeführt hat, sie sind meist redaktioneller Natur. Unsere Anträge beweisen aufs Neue, daß wir nicht, wie die „Köln. Ztg.“ sich wieder ausgedrückt hat, unser Wild auf den Federn des kleinen Mannes mühen lassen wollen. Alles, was in Bezug auf Regresspflicht noch zweifelhaft ist, wird durch unseren Antrag klar gestellt. Wir verlangen deshalb in § 74: Machen sich die betheiligten Forstbesitzer in Anbetracht der Anlegung oder Unterhaltung von Wildzäunen einer Nachlässigkeit schuldig, oder kommen die Jagdberechtigten in betreffenden Forsten der Aufforderung zum Abschlusse des Wildes nicht, oder nicht in ausreichender Weise nach, so haften die Besitzer derselben für allen Schaden, der durch das ausgetretene Wild verursacht ist. Dadurch kommen alle Fragen nach dem Standort in Wegfall. — Das hannoversche Gesetz, von dem so viel gesprochen worden, hat sich wie wir nach eingezogenen Erfundigungen erfahren haben, keineswegs bewährt.

Abg. Hisselmann tritt gegen die Vergatterungs-Bestimmungen ein.

Abg. Köhler: Wenn das hannoversche Jagdgesetz so schlecht ist, wie Abg. v. Rauchhaupt und auch der Herr Minister gemeint haben, dann ist doch sehr auffallend und eigentlich im Unrecht, daß die Sonderbestimmungen für Hannover auch in dieser Vorlage aufrecht erhalten werden.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Das Haus tritt zunächst in die Berathung der §§ 72–83 (Entschädigungsfrage) ein.

§ 72 Absatz 1 lautet: „Der an Grundstücken und deren Erzeugnissen durch Elch, Roth-, Dam-, Reh- oder Schwarzwild oder durch Fasanen angerichtete Schaden ist dem Geschädigten zu ersetzen.“

Abg. Althaus und Gen. (kons.) beantragen, hinter „Geschädigten“ zu setzen „nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.“

Statt Abs. 2 des § 72 beantragen dieselben Antragsteller folgenden:

§ 72a: „Ersatzpflichtig sind:

1. für alle zu einem gemeinschaftlichen Jagdgebiete gehörigen Grundstücke der Jagdpächter; im Falle (u. s. w. wie in zweiter Berathung).

Abg. Frände: Ihre Anträge zu diesem § 72 und den folgenden haben alle die Eigenthümlichkeit, daß sie erst in Kraft treten, wenn bereits Schädigungen vorhanden sind. Wenn ein Wildbesitzer sein Wild zu sehr hat anwachsen lassen, dann soll der Landrath oder die Jagdpolizei den Befehl zum Abschluß geben — diese Bestimmung wollen Sie jetzt in das Gesetz bringen. Aber denken Sie doch einmal an die

soziale Stellung der Betheiligten. Wird denn der Landrath diesen Befehl geben, wenn z. B. in einem königlichen Forst das Wild zu sehr angewachsen ist? (Sehr richtig! links.) Sie verlangen nun, daß für die Entschädigung die Bestimmungen des Landrechts in Anwendung kommen sollen — das Beispiel von Frankreich aber zeigt, daß dann die Sache für die Wildbesitzer weit ungünstiger steht, denn ist der Wildschaden nichts Exceptionelles, es treten die allgemeinen Rechtsbestimmungen über Beschädigungen überhaupt ein. Liegt die Sache so, dann müßte ich mich zwar, daß gerade die Konservativen und Centrum diese Forderung gestellt, aber antipathisch ist sie uns keineswegs. — Wenn Sie Schwierigkeiten erblicken wollen in der Bestimmung, daß bei Regressentschädigungen der Standort des betr. Wildes berücksichtigt werden soll, so können Sie diese Schwierigkeiten ja sehr gut aus der Welt schaffen, indem Sie nach einem früheren Vorschlage des Abg. v. d. Ned. Wildentschädigungsgenossenschaften begründen, welche dann unter sich die Entschädigungsfrage auszugleichen haben. (Beifall links.)

Abg. Kintelen: Ueber die Nothwendigkeit der Regresspflichtung kann nirgend ein Zweifel herrschen, es handelt sich nur um die Art und Weise, in der diese Verpflichtung festzusetzen ist. Ich meine, daß man niemals ohne Grund von den bestehenden Rechtsgrundlagen abweichen soll; und von den berühmten Rechtslehrern Eichhorn und Mittermaier können Sie erfahren, daß, solange Wildschäden existiren, niemals die Wildbesitzer zur Entschädigung herangezogen worden sind. Und in diesem Sinne bitte ich Sie auch heute zu beschließen.

Ueber die §§ 73 und 74 wird gleichzeitig mit § 72 die Diskussion eröffnet.

Abg. v. Rauchhaupt: Ich muß gestehen, daß mir Abg. Frände deutlich als Berichterhalter besser gefallen hat als heute der Abgeordnete Frände als Redner. (Heiterkeit.) Vor Allem muß ich bedauern, daß Abg. Frände den Landrath den Vorwurf der Unselbständigkeit gemacht; — was würden Sie auf der Linken wohl sagen, wenn wir einen gleichen Vorwurf den Richtern machen wollten. (Beifall rechts.) Ja, die Verwaltungsbeamten dürfen doch dieselbe Integrität beanspruchen, wie die Rechtsbeamten und ich wundere mich über jene Aeußerung um so mehr, als sie von einem Nationalliberalen ausgegangen ist. (Heiterkeit.) Sie sind auch durchaus im Irrthum, wenn Sie glauben, daß es im Interesse der Grundbesitzer geschieht, wenn wir gegen die Haftbarkeit der Wildbesitzer eintreten. Denn in sehr vielen Fällen sind die Gemeinden Wildbesitzer und oft auch kleine Eigenthümer, die dringend eines Schutzes gegen zu große Regresspflichten bedürfen. Deshalb eben haben wir unseren Antrag gestellt, um jederzeit für den Geschädigten klar feststellen zu können, an wen er sich wegen Entschädigung zu wenden hat. (Beifall rechts.)

Abg. Streub tritt für den Antrag der Konservativen und des Centrums ein. Vor Allem läge es darauf an, die Wildschäden zu verhüten, kein Geldbetrag wäre im Stande, für zerstörte Felder genügend zu entschädigen.

Abg. Frhr. v. d. Ned. bezeichnet die in zweiter Berathung angenommenen Bestimmungen als unausführbar.

Abg. Dr. Enneccerus: Man wirft den Bestimmungen der zweiten Lesung vor, daß bei ihnen ein Beweis nöthig wäre, wo das Wild ausgetreten ist. Aber bei dem konservativen Vorschlage ist doch diese Beweisführung gleichfalls notwendig — was ist denn also nun damit gebessert. Abg. Kintelen führt Eichhorn und Mittermaier an, aber mit Unrecht, denn diese Autoritäten sind nicht gegen die Entschädigungspflicht. Wenn Sie sich auf den Boden des römischen Rechts stellen, dann freilich behalten Sie Recht. In zweiter Lesung hat ein konservativer Redner das Uebertreten des Wildes mit dem Aufschwärmen von Raifarn verglichen — aber Sie müßten auch für Beschädigungen durch Raifarn Entschädigung zubilligen, wenn Sie für Raifarn eine Schonzeit einführen würden.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Was besser, Schaden ersetzen oder verhüten, darauf brauche ich nicht einzugehen, denn wir wollen Beides: verhüten und ersetzen und daher eingattern und entschädigen. Vom Regierungstische ist gesagt worden, der Wildbesitzer kann ebenso wenig für die Beschädigungen der Wildbau, wie für die eines Wolfes der aus seinem Walde tritt. Aber der Wolf steht doch unter dem gemeinen Rechte, während die Wildbau einen Ausnahme-Zustand genießt. Wir sind in der zweiten Lesung mit offenen Armen entgegengekommen, Sie haben unsere Umarmungen nicht erwidert. (Heiterkeit.) Wir haben Ihnen die Vorschriften des alten Rechts vorgeführt, Sie haben darauf mit der Erfindung des Schießpulvers geantwortet. Schön, wir lassen Ihnen dies Verdienst. (Heiterkeit.) Wenn aber jemandem zu Nutzen eines Dritten verboten ist, ein Thier zu schießen, so muß man ihm doch gestatten, für die Schädigungen, die ihm durch einen solchen Thieres erwachsen, Entschädigungen zu erhalten. Der Ausdruck des Abg. Kintelen, daß die Entschädigung für Wildschäden eine Abweichung vom Rechtsstandpunkte sei, ist unrichtig. Sie sagen, es ist Alles geschehen, was billigerweise geschehen kann. Das Wild kann eingegattert werden — und wenn man für die Existenz des Schwarzwildes angeführt hat, daß es Raupen vernichtet, so muß ich doch sagen, daß die Sau völlig pflichtwidrig handelt, die, statt Raupen zu verzehren, auf des Nachbarn Feld geht. (Große Heiterkeit.) Wenn Abg. v. Rauchhaupt gegen Abg. Frände auftritt, so will ich mich nicht einmischen — man weiß ja nicht, wozu es gut ist, daß Konservative gegen Nationalliberale auftreten. Aber wenn Abg. v. Rauchhaupt uns ein Lichtbild von den Verwaltungsbeamten entwirft, so bleiben wir doch bei dem etwas düsteren Bilde, das wir uns aus mancherlei Mosaiken zusammengebastet haben. Ein solches Mosaik war auch die gestrige Verhandlung, sie zeigte, wie weit ein Beamter in seiner Unbefangenheit gehen kann. (Große Heiterkeit.) Stimmen Sie, meine Herren, für die Beschlüsse zweiter Lesung, dazu noch für das Amendement Dirichlet (Heiterkeit) — so sind wir sicher, mit Ihnen noch ein brauchbares Gesetz zu Stande bringen zu können. (Heiterkeit.)

§ 72 wird in der Fassung des konservativen Antrags gegen die Stimmen der Linken angenommen, mit derselben Majorität § 73 gestrichen. Zu § 74 wird einstimmig der Zusatz des Abg. Kintelen angenommen, wonach die weitergehenden Bestimmungen des Landrechts auch bei Wildschäden in Kraft bleiben.

§ 75 erhält gemäß dem konservativen Antrage folgende Fassung: „Sind mehrere Pächter ersatzpflichtig, so haften dieselben den Geschädigten jeder auf's Ganze, unter sich zu gleichen Theilen. Sind mehrere betheiligte Grundbesitzer ersatzpflichtig, so ist im Falle des § 72a der Elch aus den Jagdgebieten und sonstigen Einnahmen zu leisten; im Falle des § 74 haften dieselben dem Geschädigten und unter sich nach Verhältnis ihrer betheiligten Flächen.“



Für § 76 beantragen Konervative und Zentrum folgende Fassung: „Die vorläufige Feststellung von Wildschäden und der Höhe des Schadenersatzes erfolgt durch Sachverständige, welche für bestimmte Bezirke auf die Dauer von je 6 Jahren in den Stadtkreisen durch die Gemeindevertretung, in den Landkreisen durch die Kreisvertretung, in den Hohenollern'schen Landen durch die Amtsvertretung bestimmt werden.“

Abg. Westerbürg führt vom juristischen Standpunkte, aus daß § 76 auch sowohl in der Fassung der zweiten Beratung, wie in der der konservativen Anträge überflüssig seien, da das gewöhnliche Recht hierfür ausreiche.

Abg. Rintelen tritt diesen Ausführungen entgegen mit dem Hinweis, daß z. B. auch bei Feuerversicherungen z. Sachverständige zur Abschätzung der Entschädigungsansprüche zugezogen werden müssen.

Abg. Dirichlet: Ich beantrage, die §§ 76–80 an die Justizkommission zu verweisen. (Widerspruch rechts.)

Abg. Westerbürg wiederholt, daß diese §§ 76–80 einen Widerspruch mit dem Reichsgesetzbuch befehligen.

Nachdem vom Regierungstische die Einführung eines Vorverfahrens für Feststellung von Wildschäden empfohlen worden, wird der Antrag des Abg. Dirichlet abgelehnt.

Die §§ 76–80 werden hierauf gemäß den konservativ-klerikalen Anträgen mit der Aenderung angenommen, daß der Beschädigte seinen Anspruch binnen einer Woche nach erlangter Wissenschaft von der Entstehung des Schadens bei dem Sachverständigen des Bezirkes anzumelden hat.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Jagdordnung. Schluß 4½ Uhr.

## Parlamentarische Nachrichten.

— Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Sozialistengesetzes trat heute zunächst in eine Geschäftsordnungsdebatte über den Richter'schen Antrag ein, wonach die Windthorst'sche Resolution, welche gegen anarchistische Attentate mit Sprengstoffen gerichtet ist, an erster Stelle diskutiert werden sollte. Der Bundesrath war durch Staatsminister v. Bötticher vertreten; Herr v. Puttkamer war durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert. Das Mißverhältnis, als ob der Antragsteller die Beratung des Sozialistengesetzes so lange zurückstellen beabsichtige, bis die Reichsregierung ein Gesetz gegen anarchistische Attentate vorgelegt habe, wurde von Herrn Richter alsbald aufgeklärt. Gleichwohl plaidierte Herr v. Kleist-Rekow gegen den Richter'schen Antrag, während Abg. Dr. Baumhach für denselben eintrat, die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Gegenstandes betonend, unter Hinweis darauf, daß die deutsch-freisinnigen Mitglieder der Kommission bereits einen Gesetzentwurf vorbereitet hätten, welcher sich gegen derartige anarchistische Bestrebungen habe richten sollen, werde man unter den gegebenen Verhältnissen auch von dem Einbringen desselben vielleicht absehen können, so erachte die deutsch-freisinnige Partei doch eine Verschärfung der Windthorst'schen Resolution und die Betonung der Dringlichkeit in derselben für unerlässlich. Herr Hänel fügte noch hinzu, daß er die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über diese Materie, namentlich Angesichts des englischen Gesetzes über die verbrecherische Verwendung von explosivenden Stoffen für ganz besonders schwierig nicht erachten könne. Minister v. Bötticher betonte hierauf nochmals die Schwierigkeit einer legislativen Behandlung dieses Gegenstandes, indem er meinte, Herr Hänel betrachte die Sache vielleicht doch zu sehr vom juristischen Standpunkte aus; schon die Feststellung des Begriffs „explosivende Stoffe“ habe große Schwierigkeiten; indessen wolle er einer sofortigen Beratung der Windthorst'schen Resolution nicht entgegenstehen. Die Kommission trat nunmehr auf Grund eines mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusses in die eigentliche Diskussion der Resolution „Windthorst“ ein, welche der Antragsteller kurz begründete. Der Abg. Richter führte nunmehr aus, daß die deutsch-freisinnige Partei darauf dringen müsse, daß noch in der gegenwärtigen Session des Reichstags ein diesbezüglicher Gesetzentwurf seitens der Regierung eingebracht werde. Zur Unterstützung dieses Antrages wies Herr Richter auf eine Mitteilung hin, welche in parlamentarischen Kreisen in den letzten Tagen kursirte, ohne bis jetzt auf Widerspruch zu stoßen. „Glaubhaft ist uns mitgeteilt, so bemerkte derselbe, ohne daß ich mich natürlich für die Wahrheit verbürgen kann, daß in Eibfeld unlängst aus Anlaß einer dort in einer Wirtschaft stattgehabten Dynamitexplosion acht Personen verhaftet worden sind. Einer dieser Verhafteten soll nun ausgefragt haben, und diese Aussagen sollen sich mit denjenigen eines zweiten in Naumburg Verhafteten decken, daß gelegentlich der Einweihung des Niederwalddenkmals von anarchistischer Seite ein Dynamitattentat beabsichtigt, und daß eine große Quantität Dynamit in eine Drainröhre unter dem Fundamente des Denkmals zu diesem Zwecke gebracht worden sei. Die Explosion soll nur an dem damals eingetretenen Regenwetterscheitern sein, wodurch das Dynamit untauglich geworden. Die betheiligten Anarchisten sollen alsdann das Dynamit herausgeschafft haben und ein Theil desselben soll bei einer Explosion in einem Zelte zur Verwendung gekommen sein, die glücklicherweise keinen Schaden anrichtete. Alles dieses hat sich angeblich unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes und trotz desselben ereignet; nur ein Zufall hat die Explosion verhindert. Man kann gegenüber der Richtigkeit, mit welcher die Regierung diese Dynamitgeschichten ansieht, der Bedächtigkeit ihrer Studien wohl die Frage entgegenstellen: Wollen Sie etwa erst Blut sehen, bevor Sie gegen solche Gefahren Vorkehrungen treffen? Einen absolut sicheren Schutz vermag kein Gesetzesparagraph zu schaffen, aber bessere Vorkehrungen sind allerdings möglich. Das Sozialistengesetz, welches sich auf Attentate nicht beziehe, sei z. B. in wenigen Tagen ausgearbeitet; hier aber werden Schwierigkeiten erhoben, weil der Begriff des Sprengstoffes sich nicht feststellen lasse. Auch der Begriff „Gift“ ist wissenschaftlich nicht begrenzt, und doch ist man gegen Giftmischerei legislativ vorgegangen. Die deutsch-freisinnige Partei werde auf ihren Gesetzentwurf zurückgreifen müssen, wenn der Bundesrath nicht rechtzeitig vorgehe. Staatsminister von Bötticher sagte letzteres nunmehr bestimmt zu; voraussichtlich schon übermorgen würden die technischen Borarbeiten zu einem gewissen Abschluß gelangen. Herr Hänel erklärt sich einverstanden damit, den Bundesrathsentwurf abzuwarten; die Schwierigkeit den Begriff „explosivende Stoffe“ zu bestimmen, könne kaum ins Gewicht fallen, dieser Ausdruck befände sich bereits im Artikel 311 des Strafgesetzbuchs. Herr Dr. v. Schwarze betont gleichfalls die Schwierigkeit der Materie. Herr Richter erkundigt sich nach dem früheren Antrag Windthorst wegen Bekämpfung hochverrätherischer Unternehmungen im Wege internationaler Vereinbarung. Herr v. Bötticher konnte über den Stand der betreffenden, durch das auswärtige Amt geführten Verhandlungen augenblicklich keine Auskunft geben. Herr Dr. v. Bamberg legte hierauf in klarer und offener Weise dar, daß die deutsch-freisinnige Partei auf die Bekämpfung der anarchistischen Bestrebungen und möglichst Verhütung anarchistischer Dynamitattentate das größere Gewicht lege und nöthigenfalls durch Einbringen des bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurfs den Erlaß der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen habe herbeiführen wollen. Bisher, so führte Dr. Bamberg aus, werde man die anarchistischen und die sozialistischen Bestrebungen durcheinander; sollte in der Folgezeit in Deutschland der unglückliche Fall eines anarchistischen Attentats eintreten, wer stehe denn dafür, daß man nicht diejenigen, welche gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt, dafür gewissermaßen verantwortlich machen werde; er erinnere sich, daß ihm ein hoher Staatsbeamter nach dem Nobiling'schen Attentat unter den Augen vor dem kaiserlichen Palais gesagt habe: „Das haben Sie davon, daß Sie das Sozialistengesetz verworfen haben!“ Inzwischen hatten die deutsch-freisinnigen Mitglieder der Kommission folgende Resolution eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen,

daß dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher den durch die bestehende Gesetzgebung nicht genügend getroffenen Gefahren, welche aus der unbefugten Bereitung, Innehabung und Verbreitung von Sprengstoffen hervorgehen, entgegentritt.“ Zu Gunsten derselben zieht Abg. Windthorst seine Resolution zurück, und erklärte, auf den vom Abg. Richter erwähnten früheren Antrag noch zurückkommen zu wollen. Die Resolution der deutsch-freisinnigen Partei wird hierauf einstimmig angenommen. Auch Herr v. Bötticher hatte sich mit derselben einverstanden erklärt. — Zu bemerken ist noch, daß bei Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung konstatirt wurde, wie Minister v. Puttkamer seine in der Kommission abgegebene Erklärung wesentlich abgeschwächt habe. Indessen wurde auf eine Richtigstellung kein Werth gelegt, da Minister v. Bötticher sich heute in bestimmter Weise erklärt hat. Nächste Sitzung Montag 28. April.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 27. April.

S. Der Kaiser erfreut sich gegenwärtig wiederum des besten Wohls und hat bei der eingetretenen milden Bitterung seine Nachmittags-Spazierfahrten wieder aufgenommen. Am Sonnabend Abend wohnte der Monarch der Vorstellung von „Romeo und Julia“ im Deutschen Theater bei und kehrte erst nach Schluß derselben ins Palais zurück. Die Besserung der Kaiserin schreitet, wenn auch nur langsam, doch stetig vor; eine merkliche Zunahme des Kräftezustandes ist jedoch noch nicht zu konstatiren.

— Dem Reichstag ist eine kaiserliche Verordnung über die Ausdehnung der Zollermäßigungen in den Tarifen A. zu dem deutsch-italienischen und deutsch-spanischen Handelsvertrag zugegangen. Diese Zollermäßigungen finden danach auch der Türkei und Griechenland gegenüber Anwendung. Hinzugefügt ist die Bemerkung, daß die Verhandlungen wegen der Neuordnung der Handelsbeziehungen des deutschen Reichs mit der Türkei und Griechenland zur Zeit noch schweben.

— Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-sitzung stehen:

Mündlicher Bericht der IV. Abtheilung über Wahl des Abg. von Klasing im 8. Wahlkreise des Regierungsbezirks Marienwerder. — Beratung des Berichts der Reichsschulden-Kommission: I. über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes, beziehungsweise des deutschen Reichs; II. über die Thätigkeit in Ansehung der ihr übertragenen Aufsicht über die Verwaltung: a) des Reichsinvalidenfonds, b) des Festungsbaufonds, c) des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes; III. über den Reichstagslokalbau und IV. über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank ausgehenden Banknoten. — Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern. — Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfsklassen vom 7. April 1876, auf Grund der in zweiter Beratung über denselben gefaßten Beschlüsse.

— Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Prinz Handjery mit Stimmengleichheit, die Wahl des Abg. Samm einstimmig, die Wahl des Abg. Täglichsbed mit Stimmengleichheit für ungültig.

— Einem parlamentarischen Korrespondenten der „Köln. Volksztg.“ zufolge wäre ein Gesetzentwurf in der Ausarbeitung begriffen, durch welchen die im Sperrgesetz vorgeschriebene Verfügung über den auf Grund desselben angesammelten Fünfzehn-Millionen-Fonds getroffen werden soll. Auf die Bestimmungen dieser Vorlage darf man mit Recht gespannt sein.

— Gerüchte über den Rücktritt des Ministers v. Puttkamer waren gestern nach der „National-Zeitung“, welche dieselbe als aus konservativen Kreisen herrührend bezeichnete, im Abgeordnetenhaus in Umlauf. Die „National-Zeitung“ gab das Gerücht „der Vollständigkeit“ wegen wieder, bezweifelte indessen seine Richtigkeit. Das „Deutsche Tageblatt“ erzählt, daß Herr v. Puttkamer seit vorgestern erkrankt ist, aus diesem Grunde weder der vorgestrigen Sitzung im Abgeordnetenhaus noch der gestrigen in der Sozialisten-Kommission beiwohnen konnte.

— In einer am Freitag Abend abgehaltenen Sitzung der vereinigten Vorstände der national-liberalen Fraktion im Reichstag und Abgeordnetenhaus wurde, wie die „N.-L.-Z.“ mittheilt, einstimmig beschlossen, den national-liberalen Parteitag auf Donnerstag, den 8. Mai, Abends 6 Uhr nach Berlin zu berufen. Die Einladungen werden besonders ergehen. — Der „Hannov. Courier“ weiß zu melden, daß Herr v. Bennigsen an dem Berliner Parteitag nicht, wohl aber an einer Landesversammlung der hannoverschen National-liberalen theilnehmen werde, von denen er überzeugt sei, daß sie sich ganz und voll auf den Standpunkt des Heidelberger Programms stellen werden. „Danach zu schließen, so bemerkt dazu das „Berl. Tgl.“, muß Herr v. Bennigsen doch wohl der Meinung sein, daß die Heidelberger Erklärung in Berlin keinen Beifall finden wird, und darin hat er vielleicht nicht Unrecht.“

— Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat dem Magistrat die von ihr beschlossene, von ihrem Ausschuss ausgearbeitete Beschwerde über das Ober-Präsidential-Reskript betreffend den Singer'schen Antrag und dessen Beratung mit dem Ersuchen überreicht, diese Beschwerde an den Minister des Innern zu befördern. Der Magistrat hat in der heutigen Extra-Magistrats-Sitzung beschlossen, diesem Ersuchen sofort Folge zu geben.

— Die Strife-Bewegung dürfte, soweit sie das Friseur- und Rohmann'sche Etablissement betrifft, allem Anschein nach nun sehr bald ein Ende erfahren. Wie die „B.-B.-Ztg.“ hört, soll nämlich seitens der Tischler- und Maurerunterstützungskasse, nachdem sich der Stadtverordnete Herold von den gerechten Ansprüchen der Fabrik überzeugt, beschlossen sein, ferner keine Unterstützungsgelder an die Strikenden zu zahlen. Daß der umstehenden politischen Vorkehrungen haben die Bedrohungen der Weiterarbeitenden durch streikende Arbeiter nachgelassen und erschienen demzufolge gestern 300 Arbeiter, 50 mehr als vorgeföhren in den Werkstätten der Fabrik und nahmen die Arbeit zu den bisherigen Sätzen wieder auf. Zu heute Vormittag 10 Uhr war seitens der streikenden Arbeiter eine Versammlung nach dem Louisenstädtischen Theater einberufen, in der der Stadtverordnete Börlk sprechen wollte.

Kopenhagen, 26. April. Der bisherige dänische Gesandte

in Wien, General v. Rjaer, ist vom 1. I. M. ab zum dänischen Gesandten am russischen Hofe ernannt worden.

Paris, 27. April. Die Nachricht, daß der diesseitige Votschaster in Berlin, Baron Courcel, nach hier berufen sei, um an den Beratungen betreffend die Konferenz über die ägyptische Finanzfrage theilzunehmen, wird von bestunterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet. Baron Courcel begiebt sich zur Regelung von Privatangelegenheiten nach seinem Gut und wird Paris nur auf der Durchreise berühren; derselbe kehrt in der nächsten Woche auf seinen Posten zurück.

Haag, 26. April. In der ersten Kammer stellte der Abg. Müller eine Interpellation wegen des augenblicklichen Standes der Frage des Kongo-Vertrages. Minister van der Does erkannte das große Interesse an, das der Vertrag für den niederländischen Handel habe und welches der Regierung das Recht gebe, ihre Interessen in der Weise zu verteidigen, wie es bereits geschehen sei. Die Niederlande beanspruchten nicht die Souveränität am Kongo, sondern sie wollten lediglich ihre kommerziellen Verbindungen, welche durch den Vertrag ignoriert würden, fördern. Die Regierung sei übrigens frei in ihrer Entscheidung und werde dieselbe zu verantworten wissen.

Madrid, 26. April. Der König, welcher an einem schwachen Befinden litt, befindet sich auf dem Wege der Besserung. — Nachdem der Regierung Mittheilung von jorillastischen Unruhen in Barcelona zugegangen war, hat das Gericht dort mehrere Verhaftungen vornehmen lassen; ebenso sind in Cadix zwei Emigrirte Jorillas verhaftet und bei denselben kompromittirende Papiere mit Beschlag belegt worden. In Regierungskreisen glaubt man durch diese vorbeugenden Maßregeln alle Versuche der jorillastischen Partei zu Ruhestörungen verhindert zu haben.

London, 26. April. In dem Magazin des bekannten Konfektionsgeschäftes von Whitely in Dagwater brach heute Morgen Feuer aus, der durch dasselbe verursachte Schaden wird auf 1 Million Pfd. Sterl. geschätzt. — Gestern wurde bei Felling unweit Newcastle ein Kahn, in welchem mehrere deutsche Matrosen nach einem in der Nähe liegenden Kanonenboote übergeleitet werden sollten, durch einen im Moment des Abgehens in den Kahn hineinspringenden Mann zum Umklappen gebracht, von den im Kahne befindlichen Personen fanden 6 (4 Deutsche und 2 Engländer) in den Wellen den Tod.

Birmingham, 26. April. Bei der gerichtlichen Verhandlung, welche heute gegen den am 11. d. wegen Besitzes von Sprengstoffen verhafteten Egan vor dem Polizeigerichtshofe stattfand, wurde vom Ankläger mitgetheilt, daß in Egan's Garten eine gedruckte Konstitution der irischen Republik gefunden worden sei, worin es heiße, daß die irische Republik von einem aus 11 Mitgliedern bestehenden Obersten Rath regiert werden solle.

Turin, 26. April. Heute Mittag fand in Gegenwart des Königs, der Königin und des Kronprinzen die Eröffnung der internationalen Ausstellung durch den Präsidenten derselben, Herzog von Aosta, statt. Mehrere Votschaster, darunter der deutsche Votschaster von Reubell, und der größte Theil des diplomatischen Korps waren zugegen. Montag wird ein Ball bei dem Herzog von Aosta und Dienstag ein Diner im königlichen Palais stattfinden. — Bei der Eröffnung der Ausstellung hielten Prinz Amadeus, der Präsident der Ausstellung, Villa, und der Minister Grimaldi Ansprachen. Ersterer hob hervor, daß Italien alsbald nach Beendigung des nationalen Kampfes sich mit gleichem Eifer seinem wirtschaftlichen Aufschwunge gewidmet habe. Villa sagte, Italien wolle seine Siege nur durch Werke des Friedens und der Arbeit erringen. Derselbe begrüßte das diplomatische Korps, dessen heutige Anwesenheit ein Beweis sei von der Zuneigung der befreundeten Mächte für Italien. Der Außenminister Grimaldi erklärte, daß nach dieser Feier die Epoche der Ausstellungen geschlossen sei; das Volk und die Regierung müßten sich sammeln, eingebend der Worte des Königs Viktor Emanuel, daß die Institutionen nach ihren Wirkungen für das moralische und das materielle Wohl gewürdigt werden. Nach diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprachen wurde eine von Faccio komponirte Aufführungsymne vorgetragen, worauf die Mitglieder der königlichen Familie, das diplomatische Korps und die Behörden die Ausstellung in Augenschein nahmen. Die königliche Familie wurde überall mit warmen Zurufen begrüßt. Das Wetter ist regnerisch.

Petersburg, 27. April. Die „Neue Zeit“ veröffentlicht eine Zuschrift des Direktors des Departements für Industrie und Handel, Geh. Rath Jermolow, in welcher derselbe im Auftrage des Finanzministers die Meldungen auswärtiger Zeitungen über angeblich bevorstehende Pourparlers wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland als unbegründet bezeichnet. — Demselben Blatte zufolge wird das Ministerium der Wege und Verkehrsanstalten im Mai eine technische Kommission nach Turkestan entsenden, um daselbst Lokalstudien für den eventuellen Bau einer turkestanischen Eisenbahn vorzunehmen.

Kairo, 26. April. Die Antwort der englischen Regierung auf den Antrag wegen Absendung einer Expedition nach Berber ist eingetroffen. In derselben heißt es, daß eine solche Expedition gegenwärtig unmöglich sei und daß dieselbe vor Ablauf von vier Monaten nicht würde abgehen können. Diese Entscheidung ist dem Gouverneur von Berber mitgetheilt und derselbe ermächtigt worden, sich wenn irgend möglich zurückzuziehen. Der Gouverneur von Dongola hat telegraphisch um Urlaub nachgesucht, um eine Pilgerfahrt nach Mekka zu machen.

Aden, 26. April. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Die französische Regierung hat in Hobd eine Kohlenstation für die Marine errichtet.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 28. April.

— Wie man der „N. P. Z.“ aus Rom telegraphirt, hätte der Papst die Resignation Ledochowski's auf das Erzbisthum Posen acceptirt; das Posener Kapitel verzichtete auf die Wahl des neuen Erzbischofs, welchen der Papst im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung demnach ernennen werde.

— [Der geschäftsführende Ausschuss des Provinzial-Kriegerdenkmal-Komitees] hielt Sonntag Mittags eine Sitzung ab, in welcher derselbe sich nach längerer Beratung dahin schlüssig machte, daß das vom Bild-



hauer Steiner angefertigte Modell zur Ausführung nicht geeignet sei; die weitere Beschlußfassung wurde vertagt.

In der Aula des Realgymnasiums war am Sonntage außer dem Steiner'schen Modelle zu dem Provinzial-Kriegerdenkmale auch das von dem Bildhauer Bärwald, einem Schüler Schapers, angefertigte Modell zu einem solchen Monumente aufgestellt. Dieses Modell zeichnet sich in jeder Beziehung durch edle Schönheit aus. Auf dem Postamente, zu dem mehrere Stufen emporführen, steht unser Kaiser mit Helm und Mantel; die Rechte hält den Feldherrnstab, die Linke hat den Mantel ein wenig zusammengegriffen und emporgehoben. Am Fuße des Postaments sitzen zwei Viktorien mit Kränzen und Siegespalme, schöne edle Gestalten in freier ungezwungener Haltung, in dem Momente aufgefaßt, wo sie den siegreichen Krieger unserer Provinz einen Siegesfränze zuwerfen wollen; an der vorderen Seite des Denkmals befindet sich ein Adler, an der hinteren Seite Trophäen. Von jeder Seite gesehen, baut sich das Denkmal schön auf, und ist wohl geeignet, nicht allein das patriotische Gefühl, sondern auch den Ehrgeiz zu befriedigen.

d. Schuhmacher-Versammlung. Am 28. und 29. d. M. findet hier im Saale des Hotel de Sage eine Versammlung von Delegirten der Schuhmacher-Innungen aus der ganzen Provinz statt. Aufgabe dieser Versammlung ist, sich gegenseitig die Verhältnisse und die Lage, in der sich gegenwärtig das Schuhmachergewerbe befindet, klar zu machen, sowie ihre Ansicht in Betr. der Gewerbefreiheit auszusprechen, ferner in Betr. der Herbergen und der Lehrlings-Fortbildungsschule Beschlüsse zu fassen. Dem „Diennil Bozn.“ ist diese Versammlung sehr sympathisch; denn nach seiner Ansicht wirkt die Gewerbefreiheit, wie auf alle Gewerbe, so auch auf das Schuhmachergewerbe, höchst verberlich ein.

### Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 26. April. Die Generalversammlung der Länderbank beschloß die Vertheilung einer Superdividende von 2 Fcs., sowie die vorgelegenen Statutenänderungen, welche die Reduzierung des Aktienkapitals, die Zusammenlegung der halbeingezahlten Aktien und die Fixirung eines einzigen Couponterminals bezwecken.

Wien, 26. April. Wie die „Presse“ meldet, ist heute zwischen der Regierung einerseits und den Prag-Duxer und Dux-Bodenbacher Eisenbahn-Gesellschaften andererseits ein Uebereinkommen abgeschlossen worden, dem zufolge die Regierung beide Bahnen im Januar 1886 in Staatsbetrieb übernimmt. Das Einlösungsrecht tritt im Jahre 1890 in Kraft.

Wien, 26. April. Das Uebereinkommen wegen Erwerbung der Pilsener-Bahn durch den Staat ist heute Vormittag unterzeichnet worden.

### Telegraphische Nachrichten.

Wien, 26. April. Der Kaiser und die Erzherzöge Karl Ludwig, Otto, Ludwig Victor und Albrecht besuchten gestern den hier eingetroffenen regierenden Fürsten Reuß, welcher alsdann den Erzherzögen Gegenbesuche machte.

Bern, 27. April. Die Landsgemeinde Appenzell-Ausser-Roden hat den kantonalen Zwangsanzug aufgehoben.

Madrid, 25. April. Die Regierung hat neuerdings mehrfach Anerbieten von Vorschüssen und Anleihen, in jüngster Zeit auch seitens deutscher Bankiers, zugegangen. Doch lag angeht die der befriedigenden Finanzsituation kein Grund vor, diesen Anerbietungen näher zu treten. Die Regierung hat seit mehreren Monaten ein Guthaben 43 Mill. Francs baar in der Bank, über welches trotz der Erfordernisse des laufenden Dienstes noch nicht disponirt ist.

Dublin, 25. April. Die heute hier verhaftete Persönlichkeit ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, es wurde festgestellt, daß dieselbe nicht der gesuchte Sheridan ist.

Petersburg, 26. April. Nach dem heute publicirten Ceremonial über die morgen stattfindende Vermählungsfeierlichkeit des Großfürsten Konstantin mit der Prinzessin Elisabeth von Altengrub wird die Trauung sowohl nach orthodoxem, wie nach protestantischem Ritus vorgenommen werden.

Bukarest, 25. April. Das österreichische Kronprinzenpaar, welchem der König und die Königin bis Comana entgegengefahren waren, ist heute Abend 18 Uhr hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe feierlich empfangen worden. Der Kronprinz trug Generaluniform mit dem Orden des Sterns von Rumänien, der König trug österreichische Oberstenuniform mit dem Estefansorden. Auf der Fahrt vom Bahnhof nach dem königlichen Palais durch die festlich geschmückte und glänzend erleuchtete Stadt wurden der König und die Königin mit ihren Gästen von der Bevölkerung mit lautem ununterbrochenen Jubel begrüßt, von allen Balkonen und aus allen Fenstern wurden Blumen geworfen. Kurz nach der Ankunft im Palais wurde dem österreichischen Kronprinzenpaare von neun Militärmusikkorps ein Fackelzügen gebracht.

Bukarest, 26. April. Der Kronprinz Rudolf empfing das diplomatische Korps und eine Deputation der österreichisch-ungarischen Kolonie. Des Regenwetters wegen soll statt der Revue ein Vorbeimarsch des II. Armeekorps stattfinden.

Belgrad, 26. April. Der Ministerrath hat definitiv beschlossen, die Stupischina nach Niß einzuberufen. — Zum Empfang des österreichischen Kronprinzenpaares werden große Vorbereitungen getroffen, die Straßen und Häuser werden geschmückt, es sind 5 Triumpfbogen errichtet. Zum Tageskommandanten ist General Dvanovic ernannt worden.

Belgrad, 27. April. Das Journal „Bibelo“ begrüßt das kronprinzlich österreichische Paar mit herzlichen Worten, und sagt, der hohe, auszeichnende Besuch des Thronerben eines der ältesten und angesehensten Herrscherhäuser Europas sei die sichtbare Anerkennung der wiedererlangten Unabhängigkeit des Landes und des Glanzes der serbischen Königskrone, sowie eine Garantie für die friedliche Kultur- und Entwicklung des serbischen Staates.

Alexandrien, 25. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist in der vergangenen Woche in Bombay nur ein einziger Cholerafall vorgekommen, in Kalkutta betrug die Zahl der an der Cholera Gestorbenen 215, letztere Ziffer zeigt eine abermalige Abnahme der Todesfälle. Wie verlautet, sollen die Provenienzen von der Küste zwischen Madras und Rangoon der Quarantäne unterworfen werden.

Brüssel, 28. April. Dem „Etoile Belge“ zufolge werde der neue Erzbischof von Mecheln dem Klerus große Mäßigung in dem belgischen Schulstreite anempfehlen.

Madrid, 27. April. Die Neuwahlen zu den Cortes haben heute begonnen und werden unzweifelhaft eine große

gouvernementale Majorität ergeben, da in den meisten Wahlbezirken kein Kandidat der Opposition aufgestellt ist.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.  
Posen, am 27. April Morgens 2 06 Meter.  
28. Morgens 2 20

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp. i. Gelf.
Stunde	Gr. rebus. in mm. 82 m. ee Höhe			
26. Nachm. 2	749,3	WS schwach	trübe 1)	+11,0
26. Abnds. 10	757,0	WS schwach	heiter	+7,9
27. Morgs. 6	752,9	WS schwach	bedeckt	+3,8
27. Nachm. 2	753,8	WS mäßig	trübe	+12,4
27. Abnds. 10	755,1	WS mäßig	heiter	+6,7
28. Morgs. 6	755,3	WS mäßig	bedeckt	+7,0

1) Regenhöhe: 4,7 mm.  
Am 26. April. Wärme-Maximum: +12°9 Gelf.  
Wärme-Minimum: +3°8 „  
27. „ Wärme-Maximum: +13°0 „  
Wärme-Minimum: +1°5 „

### Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 26. April. (Schluß-Course.) Rubig. Lond. Wechsel 20,415. Pariser do. 81,08. Wiener do. 168,12. R.-M. S.-A. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 109½. R.-M.-Br.-Anst. —. Reichsbank 103½. Reichsbank 146½. Darmst. 155½. Meining. Bl. 94½. Dst.-ung. Bank 717,00. Kreditaktien 269½. Silberrente 68½. Papierrente 67. Goldrente 85½. Ung. Goldrente 76. 1860er Loose 120½. 1864er Loose —. Ung. Staatsb. 219,40. do. Ostb.-Ost. II. 99½. Böhm. Westbahn 261½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 153½. Galizier 243. Franzosen 266. Lombarden 120. Italiener 94½. 1877er Ruffen 94. 1880er Ruffen 76½. II. Orientanl. 60½. Centr.-Pacifc 110½. Diskontokommandit —. III. Orientanl. 60½. Wiener Bankverein 94. 5½ österreichische Papierrente 80½. Buchtenhaber —. Egypter 67½. Gotthardbahn 104½. Türlen 9½. Audeb.-Niedener 164½. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 269½. Franzosen 266. Galizier 242½. Lombarden 119½. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter 67½. Gotthardbahn 105½. Spanier —. Marienburg-Moskwa —. 1860er Loose —. Tabaksaktien —.

Frankfurt a. M., 26. April. Effekten-Sojetakt. (Schluß.) Kreditaktien 268½. Franzosen 266½. Lombarden 119½. Galizier 242½. Egypter 67½. Aproz. ungar. Goldrente —. 1880er Ruffen —. Gotthardbahn 106½. Tabaksaktien 116. Marienburger 76½. Still.

Wien, 26. April. (Schluß-Course.) Riemlich fest. Papierrente 80,00. Silberrente 81,15. Defferr. Goldrente 100,75. 6proz. ungarische Goldrente 122,55. 4proz. ungar. Goldrente 91,75. 5proz. ungar. Papierrente 88,45. 1864er Loose 124,00. 1860er Loose 137,25. 1864er Loose 171,75. Kreditloose 177,25. ungar. Bräunien 115,80. Kreditaktien 320,75. Franzosen 316,30. Lombarden 143,50. Galizier 288,25. Ruffen-Oberb. 150,00. Pardubitzer 153,75. Nordwestbahn 183,00. Elisabethbahn 234,00. Nordbahn 250,50. Defferr. Ung.-Bank —. Türkische Loose —. Unionbank 109,00. Anglo-Austr. 118,80. Wiener Bankverein 111,25. ungar. Kredit 319,50. Deutsche Plätze 59,40. Londoner Wechsel 121,35. Pariser do. 48,20. Amsterdamer do. 107,75. Napoleons 9,63½. Dufaten 5,71. Silber 100,00. Marknoten 59,40. Russische Banknoten 1,24½. Semsberg-Gernowits —. Kronpr.-Rudolf 180,75. Franz-Josef —. Dux-Bodenbacher —. Böhm. Westb. —. Elbsthalb. 193,00. Teutmann 212,00. Buchtenhaber —. Defferr. 5proz. Papier 95,65. Tabaksaktien 156,40.

Wien, 26. April. (Privatverkehr.) Oesterreichische Kreditaktien 320,10. ungar. Goldrente 91,72½. Länderbank 114,25.

Wien, 26. April. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 318,75. Oesterreich. Kreditaktien 320,10. Franzosen 316,10. Lombarden 143,25. Galizier 288,25. Nordwestbahn 183,25. Elbsthalb 193,25. Oester. Papierrente 80,00. do. Goldrente 101,00. ungar. 6proz. Goldrente 122,60. do. 4proz. Goldrente 91,72½. do. 5proz. Papierrente 88,45. Marknoten 59,40. Napoleons 9,63½. Bankverein 111,10. Tabaksaktien —. Geschäftslös.

Paris, 26. April. (Schluß-Course.) Dehauptet. 3proz. amortisirb. Rente 78,40. 3proz. 77,40. 4½proz. Anleihe 108,17½. Italienische 5proz. Rente 94,90. Defferr. Goldrente 84½. 6proz. ungar. Goldrente 103, 4proz. ungar. Goldrente 77½. 5proz. Ruffen de 1877 93½. Franzosen 662,50. Lombard.-Eisenbahn-Aktien 318,75. Lombard. Prioritäten 300,00. Türlen de 1865 8,97½. Türlenloose 46,75. III. Orientanleihe —. Credit mobilier —, 00. Spanier neue 60½. Suezkanal-Aktien 2060. Banque ottomane 673. Credit foncier 1310. Egypter 341,00. Banque de Paris 865. Banque d'Escompte 532,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,16½. 5proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egyptien 520. 5½ Priv. Türl. Oblig. 382,18. Tabaksaktien 574,37½.

London, 26. April. Consols 101½. Italienische 5proz. Rente 94. Lombarden 12½. 3proz. Lombarden alte 11½. 3proz. do. neue 11½. 5proz. Ruffen de 1871 91½. 5proz. Ruffen de 1872 91. 5proz. Ruffen de 1873 92½. 5proz. Türlen de 1865 8½. 4proz. fundirte Amerik. 125½. Oesterreichische Silberrente 67½. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76½. Defferr. Goldrente 83. Spanier 60½. Egypter neue —. do. unif. 67½. Ottomanbank 16½. Preuß. 4proz. Consols 102. Rubig. Suez-Aktien 81½. Silber 51. Wladivostok 1½ pSt. In die Bank fließen heute 31 000 Pfd. Sterl.

Wien, 26. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,00. fremder 18,50. per Mai 17,90. per Juli 18,15. per Novbr. 18,45. Roggen loco hiesiger 14,50. per Mai 14,15. per Juli 14,40. per Novbr. 14,55. Hafer loco 15,00. Rüßöl loco 30,70. per Mai 30,20. per Okt. 29,80.

Bremen, 26. April. Petroleum (Schlußbericht) besser. Standard white loco 7,60 bez. per Mai 7,65 Br. per Juni 7,75 Br. per Juli 7,85 Br. per Aug.-Dezbr. 8,15 Br.

Hamburg, 26. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unv., auf Termine ruhig, per April-Mai 170,00 Br. 169,00 Gd., per Mai-Juni 171,00 Br. 170,00 Gd. Roggen loco unv., auf Termine ruhig, per April-Mai 129,00 Br. 128,00 Gd., per Mai-Juni 130,00 Br. 129,00 Gd. Hafer u. Gerste unveränd. Rüßöl fest, loco 59,00, per Mai 59,00. — Spiritus fester, per April 38½ Br., per Mai-Juni 38½ Br., per Juli-August 40½ Br., per August-Septbr. 41½ Br. — Raffee matt. Umsatz 3000 Sad. Petroleum fest, Standard white loco 7,75 Br. 7,70 Gd., per April 7,65 Gd., per August-Dezbr. 8,15 Gd. Wetter: Sehr milde.

Wien, 26. April. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,65 Gd., 9,70 Br., per Mai-Juni 9,63 Gd. 9,68 Br. — Roggen per Frühjahr 8,22 Gd., 8,27 Br., pr. Mai-Juni 8,20 Gd., 8,25 Br. Raps per Mai-Juni 6,75 Gd., 6,80 Br., per Juli-August — Gd., — Br. Hafer pr. Frühjahr 7,50 Gd., 7,55 Br., pr. Mai-Juni 7,52 Gd., 7,57 Br. Amsterdam, 26. April. (Getreidemarkt.) Weizen pr. November 248. Roggen per Mai 159, per Oktober 162.

Antwerpen, 26. April. (Wollauktion.) Gesamtangebot 17 799

Ballen. Verkauft 8965 B. Laplata. Angebots 539 B. australische Wollen, verkauft 204 B. Schöne Buenos-Ayres-Wollen 5 niedriger, andere 7½. Montevideo-Wollen 1½ niedriger gegen Januar-Aktion. Vorrath 27 635 B. Laplata-Wollen.

London, 26. April. Rüben-Rohzucker weichend, 14½, Havannazucker Nr. 12 17 nomell. — Centrifugal Ruba 17½.

London, 26. April. An der Küste angeboten 8 Weizenladungen. Wetter: Schön.

Liverpool, 26. April. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Billiger. Riddl. amerikanische Juli-August-Lieferung 6½, November-Dezember-Lieferung 6½ d.

Gladagow, 26. April. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 592,900 Tons gegen 581,500 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen 95 gegen 113 im vorigen Jahre.

### Marktpreise in Breslau am 26. April.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute	mittlere	geringe Waare
	höchste	höchste	höchste
	fl. 100	fl. 100	fl. 100
Weizen, weißer	20 20	19 20	18 —
do. gelber	18 40	17 50	17 —
Roggen	15 80	15 60	14 90
Gerste	15 80	14 60	14 —
Hafer	14 50	14 10	13 70
Erbisen	19 —	18 —	17 50

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Rgr. 6—6,50—7—7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Rgr. 3,30—3,60 Mark. — Stroh, per Schock à 600 Rgr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 26. April. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogramm) höher. Gefündigt — Centner. Abgelaufene Rindfleischscheine — per April 158 Br., per April-Mai 158,00 Br., per Mai-Juni 156,00 Br., per Juni-Juli 155,00 bez. u. Gd., per Juli-August 154,00 — 154 50 bez. Br., per Aug.-Sept. —, per Sept.-Okt 154 Br. — Weizen (Gef. — Ctr., per April 187 Br. — Hafer (Gef. — Centner, per April 187 Gd., per April-Mai 187 Gd., per Mai-Juni 187 Gd., per Juni-Juli 140 Gd. — Raps (Gef. — Centner per April — Br. — Rüßöl fester. Gefündigt — Centner, loco in Quantitäten à — Kilogr. 61,00 Br., per April 57,00 Br., per April-Mai 56,50 Br., per Mai-Juni 57,00 Br., per September-Oktober 57,50 Br. — Spiritus fest. Gefündigt — Liter, per April 46,80 Gd., per April-Mai 46,80 Gd., per Mai-Juni 47,10—47,30 bez., per Juni-Juli 48,00 bez. Br., per Juli-August 49 Gd., per August-September 49,40 bez., per September-Oktober 48,70 bez. u. Gd.

Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Breslau, 26. April, 9½ Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung im Allgemeinen fest.

Weizen zu besseren Preisen gut verkäuflich, per 100 Kilogramm (schl. weißer 17,50—19,40—20,50 Br., gelber 17,30—18,20—18,60 Br., feinste Sorte über Notiz bezahlte). — Roggen in sehr fester Stimmung, bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto schleßlicher 15,00—15,20—15,60 Br., russischer 15,40 bis 16,00 Br., feinsten über Notiz. — Gerste preisbaltend, per 100 Kilogramm 13,50—14,20 Br., weiße 15,30 bis 16,00 Mark. — Hafer behauptet, per 100 Kilogramm 13,50 bis 14,20 bis 14,60 Mark, feinsten über Notiz bez. — Mais behauptet, per 100 Kilogramm 12,30—12,80—13,80 Mark. — Erbsen ohne Vnderung, per 100 Kilogramm 15,00—17,00—18,80 Mark. Bifloria 17,00—19,00—21,00 Br. — Bohnen preisbaltend, per 100 Kilogramm 18,00—19,00—20,00 Br. — Lupinen feine Qualitäten behauptet, gelbe per 100 Kilogramm 8,80 bis 9,10 bis 9,70 Mark, blaue 8,70—9,00—9,30 Mark. — Wicken in ruhiger Haltung, per 100 Kilogramm 14,50—14,75—15,50 Br. — Deliaaten schwacher Umsatz. — Schlaglein sehr fest. — Schlagleinsaat per 100 Kilogr. — R. — Winterraps per 100 Kilogr. — R. — Wintererbsen per 100 Kilogramm — Mark. — Sommererbsen per 100 Kilogramm — R. — Leinbutter per 100 Kilogramm — R. — Rapskuchen ruhig, per 50 Kilogramm 7,30 bis 7,50 Br., fremde 6,80—7,20 Mark. — Leinölen in sehr fest, per 50 Kilogramm 9,00—9,20 Br., fremde 7,70—8,50 Br. — Kleesamen schwacher Umsatz, rother nominell, per 50 Kilogramm 45—50—53 Br., weißer ruhig, per 50 Kilogramm 58—68 bis 78 bis 90 Br., hochfein über Notiz. — Schweißender Kleesamen ruhig, per 50 Kilogramm 63—76—83 Br. — Tannens Kleesamen ruhig, per 50 Kilogramm 62—72—78 Br. — Thym. mothee unverändert, per 50 Kilogramm 18—20—23 Br.

Stettin, 26. April. Wetter: Morgens schön, später bewölkt. + 10° Reaumur. Barometer 28,3. Wind: SW.

Weizen ruhig, per 1000 Kilogramm loco gelb und weiß 162 bis 180 Br., abgelaufene Anmeldungen — R. bezahlt, per April-Mai 181 Br. Br., 180 Br. Gd., per Mai-Juni 181 Br. Br., per Juni-Juli 182 Br. bez., per Juli-August 183 Br. bez., 182,5 Br. Br., per Sept.-Oktober 184,5—184 Br. bezahlt. — Roggen Anfangs höher, Schluß matter, per 1000 Kilogramm loco inländischer 138 bis 142 Br., russischer 142—146 Br., per April-Mai 144 Br. bez., per Mai-Juni 144 Br. bez., 144,5 Br. u. Gd., per Juni-Juli 145,5—144,5 bis 145 Br. bez., per Juli-August 145—144,5 Br. bez., per Sept.-Oktober 145—144,5 Br. bezahlt. — Gerste ohne Handel. — Hafer fester, per 1000 Kilogramm loco 134—151 Br., abgelaufene Anmeldung — R. bez., per April-Mai 140 Br. Gd. — Erbsen ohne Handel. — Winterraps per 1000 Kilo loco — R. bez. — Wintererbsen ohne Handel. — Rüßöl ruhig, per 100 Kilogr. loco ohne Faß bei Kleinsaleiten 60 Br., per April — R. bez., per April-Mai 58 Br. Br., per Sept.-Oktober 57 Br. Brief. — Spiritus fester, per 10,000 Liter-pSt. loco ohne Faß 47,8 Br. bez., nicht abgenommene Anmeldungen — R. bez., per April-Mai 48 Br. u. Gd., per Mai-Juni 48 Br. Br. u. Gd., per Juni-Juli 48,8 Br. Br., 48,7 Br. Gd., per Juli-August 49,5 Br. Br. u. Gd., per August-Sept. 50 Mark bezahlt, per Sept. — R. bez., per Sept.-Oktbr. — R., per Oktober-November — R. bez. — Ange-meldet: 2000 Zentner Weizen, — Zentner Roggen, — Zentner Hafer, 20,000 Ltr. Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 180,5 Br. Roggen 144 Br., Rüßöl 58 Br., Hafer — R., Spiritus 48 Br. — Schweine-schmalz fester, Fairbank 43 Br. tr. bez. — Kartoffelmehl prima — R. per 100 Kilo Brutto incl. Sad. — Petroleum loco 8,1 Br. tr. bez., Regulirungspreis 8,1 Br. trans., alte Uanz 8,35 Br. trans. bez.

Leutiger Landmarkt: Weizen 183—189 Br., Roggen 140—148 Br., Gerste 140—150 Mark, Hafer 155—160 Mark, Erbsen 165—195 Br., Rüben —, Mark, Kartoffeln 39—44 Mark, Heu 2,25—2,75 Mark, Stroh 25,5—28,5 Mark.

Stadt-Theater in Posen.

Dienstag, den 29. April 1884:

Vorletzte Vorstellung.

Die schöne Ungarin.

Mittwoch, den 30. April:

Letzte Vorstellung.

Beneß für Fräulein Clara Hausmann.

Die berühmte Widerspänstige.



